

Tagesordnung I Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 28.02.2007

Vorlage Nr. 07-F-24-0003

Wiesbaden macht Zukunft - Besser für Kids

II. Anhörung zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007 -

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Sozialausschuss führt eine zweite Anhörung zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung durch. In dieser Anhörung sollen mit von den Fraktionen zu benennenden ExpertInnen, mit Eltern, ErzieherInnen und den Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen über die Anforderungen an ein modernes und qualitätsorientiertes Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder im Grundschulalter diskutiert werden. Die Ausschüsse Schule & Kultur sowie Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung & Integration sind in den Diskussionsprozess mit einzubeziehen.

Hierbei sind insbesondere folgende Fragestellungen zu erörtern:

Wie der Übergang von der Kindertagsstätte in die Grundschule in allen Kindertageseinrichtungen unabhängig von der Trägerschaft gewährleistet werden kann („Wiesbadener Empfehlung „ und Tandem-Modell nach dem hessischen BEP)

Wie an Grundschulen verlässliche Betreuungszeiten – auch während der Ferien – angeboten werden können, welche Rolle dabei den Fördervereinen und der Schulgemeinde zukommen sollen

Wie und Ob sichergestellt werden kann, dass ein neues Betreuungsmodell insbesondere Kindern aus Zuwandererfamilien und bildungsfernen Familien zugute kommen kann und Wie und Ob das Wiesbadener Modell der „Betreuenden Grundschule“ (BGS) weiter ausgebaut werden soll

Wie das Parallelsystem Betreuung an der Grundschule und Betreuung im Hort ohne pädagogische und organisatorische Brüche zu einem gemeinsamen Betreuungsmodell weiterentwickelt werden kann

Wie so schnell wie möglich unter Berücksichtigung hoher pädagogischer Standards die Betreuungssituation für Kinder im Grundschulalter verbessert werden kann

Die Ergebnisse der Anhörung sollen bei weiteren Beschlussfassungen berücksichtigt werden.

Der Magistrat wird gebeten zur Durchführung dieser Anhörung im Einvernehmen mit den Fraktionen das Notwendige zu veranlassen. Dazu gehört u.a.

- Kostenübernahme zur Durchführung der Anhörung**
- Erstellung einer Dokumentation**
- Kostenübernahme und Organisation von Kinderbetreuung während der Anhörung**
- Übernahme von Referentenhonoraren**

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2007

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2007

In Vertretung

Nickel
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2007

In Vertretung

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bendel
Stadtrat